



## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

**Versäumnisse nicht auf dem Rücken der bereits geschwächten Wirtschaftsbereiche austragen! Umgehend landeseigene Unterstützungsprogramme für Hotspotregionen aufsetzen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die ersten Infektionswellen tiefe Spuren in Teilen der Wirtschaft hinterlassen haben. Zu den besonders betroffenen Bereichen gehörten das Gastgewerbe, die Event- und Schaustellerbranche, (Solo)Selbstständige sowie Teile des stationären Einzelhandels. Der Landtag vertritt die Auffassung, dass erneute Corona-Maßnahmen des Freistaates, insbesondere komplette Schließungen im Wirtschaftsbereich, auch durch landeseigene Soforthilfen flankiert werden müssen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, begleitend zu der angekündigten Hotspotregelung für Landkreise und kreisfreie Städte mit einer 7-Tage-Inzidenz von über 1 000, ein Sofortprogramm aufzusetzen, das den betroffenen Bereichen (Freizeit-, Sport- und Kulturveranstaltungen, Gastronomie, körpernahe Dienstleistungen, Beherbergungstätten sowie Sport- und Kulturstätten) finanziell durch die Schließungsphase hilft.

### **Begründung:**

„Angesichts des Impffortschritts und der mittlerweile zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen ist für den kommenden Herbst ein differenzierter Ansatz denkbar“, schreibt das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in seiner Antwort vom 8. Juli 2021 auf eine Anfrage der SPD-Fraktion zur wirtschaftspolitischen Krisen- und Restartstrategie der Staatsregierung. Schon damals war äußerst fraglich, ob der genannte Impffortschritt ausreichen würde, um die befürchteten negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich abzuwehren.

Expertinnen und Experten mahnten, dass die Impfquote erheblich gesteigert werden müsste, um im Herbst schwere Belastungen des Gesundheitssystems auf jeden Fall zu vermeiden. Der Sommer hätte entsprechend dazu genutzt werden müssen, eine wirtschaftliche Gesamtstrategie zu entwickeln.

Es wurde jedoch versäumt, die in den ersten Infektionswellen angewandten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen und die Frage zu beantworten, wie die Wirtschaft insgesamt zu niedrigen Infektionszahlen beitragen kann, sollte es zu einer erneuten Welle kommen. Denn es war schon damals klar, dass eine vierte Infektionswelle andernfalls jene treffen würde, die bereits durch die ersten Schließungen deutlich geschwächt sind (u. a. Gastgewerbe, (Solo)Selbstständige, Event- und Schaustellerbranche) – und somit auch eine Vielzahl von Beschäftigten, die sich nicht in einem sozial-

versicherungspflichtigen Angestelltenverhältnis befinden und bei denen folglich die finanzielle Unterstützung mangels Anspruch auf Kurzarbeitergeld deutlich geringer ausfällt.

Diese Versäumnisse der Staatsregierung dürfen jetzt nicht auf dem Rücken dieser Branchen ausgetragen werden. Die Staatsregierung steht vielmehr in der Pflicht, diese Bereiche umfänglich mit Landesmitteln zu unterstützen. Der Ruf nach Bundesmitteln ist nicht ausreichend.